



Nr. 8

28. Februar 2025

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Einkommensrunde Bund und Kommunen

[„Kopf aus dem Sand und den öffentlichen Dienst nachhaltig stärken“](#)

Zukunft der Alterssicherungssysteme

[Eine Einheitsversicherung ist keine Lösung](#)

dbb frauen

[„Wir Frauen haben eine wichtige Stimme und müssen sie mehr nutzen“](#)

dbb frauen

[Equal Care Day: Sorgearbeit gleich zu verteilen, ist auch eine politische Aufgabe](#)

dbb jugend

[Schnelle Regierungsbildung nach der Bundestagswahl](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Deutschen Philologenverband (DPhV)

[KMK folgt DPhV-Forderung nach Ablehnung von verpflichtenden Lehrkräfte-Fortbildungen on top](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Neuausrichtung bei der Inneren Sicherheit: Vertrauen in den Staat wiederherstellen](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Gleichberechtigung geht nicht in Teilzeit!](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Einkommensrunde Bund und Kommunen „Kopf aus dem Sand und den öffentlichen Dienst nachhaltig stärken“

**Der Druck auf den Straßen steigt. Überall im Land kam es auch diese Woche zu Warnstreiks und Protestaktionen der dbb-Gewerkschaften.**

„Für die Beschäftigten des öffentlichen Diensts steigt die Arbeitsbelastung gerade massiv. Fachkräftemangel, die demografische Entwicklung, eine ständig wuchernde Aufgabenfülle - wir sind angesichts der aktuellen politischen Entwicklung am Limit – in Hessen wie überall im Land!“, stellte dbb Verhandlungsführer Volker Geyer auf der Kundgebung am 26. Februar 2025 auf dem Universitätsplatz in Fulda vor etwa 600 Teilnehmenden fest. Die Blockadehaltung in der zweiten Runde der Tarifverhandlungen Mitte Februar seitens der Arbeitgebenden sei enttäuschend und respektlos. „Bund und Kommunen müssen den Kopf aus dem Sand nehmen und den öffentlichen Dienst stärken, sonst kann unser Staat die nun vor ihm liegenden Aufgaben nicht erfüllen“, so Geyer.

„Ohne die Beschäftigten ist kein öffentlicher Dienst möglich. Alarmierend ist, dass die Belastung durch die Arbeitsverdichtung zu mehr gesundheitlichen Problemen und einem früheren Rückzug aus dem Arbeitsleben führt. Wer mit leeren Kassen argumentiert, verstärkt das Problem, anstatt es zu lösen“, sagte Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb in Hessen.

„Es ist offensichtlich, dass beim öffentlichen Dienst angesichts der anstehenden Pensionierungen und des allgemeinen Fachkräftemangels eine enorme Personallücke klafft. Da wird es schwierig, allen Aufgaben gerecht zu werden“, sagte der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rainer Nachtigall. In München hatten sich mehrere hundert Betroffene versammelt, um vor dem Gebäude des Kommunalen Arbeiterverbands (VKA) zu demonstrieren.

„Wir stehen heute hier mit über 1.000 Beschäftigten und kämpfen für eine faire Bezahlung und einen funktionstüchtigen öffentlichen Dienst“, betonte dbb Vize Andreas Hemsing am 25. Februar auf einer Kundgebung in Bonn. Für das Argument der Arbeitgeber, dass die Kassen leer seien und die Forderungen die Kommunen zu stark belasten, habe er wenig Verständnis. „Wir brauchen dringend Investitionen in den öffentlichen Dienst. Unsere Kommunen funktionieren nur dank der Millionen Beschäftigten, die ihre Arbeit mit viel Herzblut und Expertise verrichten.“ Ein leistungsstarker öffentlicher Dienst liege auch im Interesse der

Arbeitgebenden, so der dbb Vize. „Das ist aber nur mit einer zeitgemäßen Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen möglich. Und genau dafür kämpfen wir heute.“

Größere Aktionen der Kolleginnen und Kollegen im kommunalen Dienst gab es am 25. auch in Bremerhaven, Wuppertal und Düren. „Für die Beschäftigten bei kommunalen Arbeitgebern steigt die Arbeitsbelastung gerade massiv. Fachkräftemangel, Demografie und eine ständig wachsende Zahl von Aufgaben - wir sind angesichts der aktuellen politischen Entwicklung am Limit – wie der gesamte öffentliche Dienst überall im Land!“, stellte auch Sandra van Heemskerck, Landesvorsitzende der komba gewerkschaft nordrhein-westfalen, auf der Kundgebung in Düren vor etwa 1.200 Teilnehmenden fest.

In Müllheim bei Freiburg bestreikten Mitglieder des Verbands der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB) die Robert-Schuhmann-Kaserne. Thomas Zeth, stellvertretender Bundesvorsitzender des VAB, kritisierte die Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite: „Ständige Mehrarbeit, steigende Lebenshaltungskosten sowie langjährige Lohnzurückhaltung stehen auf dem Konto der Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber sind indes nicht bereit, den öffentlichen Dienst in Deutschland leistungsfähig zu halten. Bei Bund, Ländern und Gemeinden wird der öffentliche Dienst lediglich als Steinbruch für Sparmaßnahmen angesehen.“

Betroffen von den Verhandlungen in Potsdam ist auch die Autobahn GmbH des Bundes, denn die dort geltenden Entgelttabellen sind an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) des Bundes gekoppelt. Deshalb demonstrierten auch Beschäftigte aus den Reihen der VDStra. am 25. Februar vor der Zentrale der Autobahn GmbH in Berlin.

Der dbb Verhandlungsführer Volker Geyer machte deutlich, dass die Beschäftigten schwer enttäuscht von den Arbeitgebenden sind: „Unsere Forderungen haben wir im Oktober erhoben. 8 Prozent, mindestens 350 Euro mehr Einkommen. Trotzdem haben es Bund und Kommunen in zwei Verhandlungsrunden nicht geschafft, uns ein Angebot vorzulegen.“

Wertschätzung für die Beschäftigten sieht wirklich anders aus.“ Hermann-Josef Siebigthero, Bundesvorsitzender der VDStRa, warnte vor weiteren Spamaßnahmen: „Wir fahren unsere

Infrastruktur seit Jahren auf Verschleiß. Es muss endlich investiert werden. Und zwar in beides: Beton und Beschäftigte.“

## Zukunft der Alterssicherungssysteme Eine Einheitsversicherung ist keine Lösung

**Diskussionen über Pensionen würden schnell unsachlich, weil viele Mythen im Umlauf seien, beklagt dbb-Chef Silberbach. Eine sogenannte Bürgerversicherung lehnt er ab.**

„Eine Zwangs-Einheitsversicherung erteilen wir eine klare Absage“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 28. Februar 2025 gegenüber dem Online-Medium Table Media. „Eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung hätte vielmehr zur Folge, dass die Dienstherren den Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung zusätzlich zu tragen hätten und zugleich die Bruttobezüge der Beamtinnen und Beamten im Hinblick auf eine Beitragspflicht angehoben werden müssten. Somit wäre eine Systemumstellung insgesamt mit enormen Kosten verbunden. Woher das Geld dafür gerade jetzt kommen soll, sagen die Befürworter einer Einheitsversicherung nicht.“

Für eine stabile Ausgestaltung der Alterssicherungssysteme tritt der dbb vor allem für eine

Grundeinheitlichkeit der versorgungsrechtlichen Regelungen ein, so der dbb Chef: „Die verfassungsrechtlichen Grundsätze der Versorgung und deren höchstrichterliche Präzisierungen binden Bund und Länder gleichermaßen. Deshalb sind bei den zentralen Regelungsinhalten und Berechnungsgrundlagen zumindest gleichartige Mindeststandards erforderlich – nicht zuletzt, um einen Wechsel der Beamtinnen und Beamten zwischen den Gebietskörperschaften zu ermöglichen. Also: Mobilität und Flexibilität statt Kleinstaaterei!“

Zudem müsse unter anderem die Ruhegehaltfähigkeit von Bezüge-Bestandteilen verbessert sowie die Kindererziehungs- und Pflegezeiten gerecht anerkannt werden.

dbb frauen

**„Wir Frauen haben eine wichtige Stimme und müssen sie mehr nutzen“**

**Auf ihrer Hauptversammlung am 20. und 21. Februar 2025 diskutierten die dbb frauen über aktuelle und kommende Themen. Im Fokus standen die Bundestagswahl und die Einkommensrunde mit Bund und Kommunen.**

Mit Blick auf die Bundestagswahl kritisierte dbb frauen Chefin Milanie Kreutz die Wahlprogramme der Parteien: „Im Hinblick auf Gleichstellung und Frauenrechte haben die Programme leider sehr wenig zu bieten. Wirtschaft und Migration haben unsere Themen stark zurückgedrängt. Dabei brauchen wir dringend mehr Beachtung für Gleichstellung. Denn ohne die Ungleichheiten im Blick zu behalten, werden die aktuellen Krisen diese Ungleichheiten nur verschärfen.“ Gleichzeitig kann unter anderem eine bessere Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt die Wirtschaftsleistung deutlich anheben.

„Deutschland steuert auf einen Politikwechsel zu“, erklärte Kreutz. „Die neue Regierung hat

den Rucksack voll mit neuen Aufgaben. Diese To-Do-Liste müssen sie auch zügig umsetzen, sonst steigt der Frust in der Bevölkerung weiter an.“ Das Land brauche jetzt Stabilität. „Uns muss klar sein: Wenn wir die Probleme nicht jetzt in den Griff kriegen, wird es immer schlimmer. Wir Frauen haben eine wichtige Stimme und müssen sie über die nächsten Jahre viel mehr nutzen.“

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Andreas Hemsing ergänzte: „Wir spüren, dass die Parteien wenig Interesse am öffentlichen Dienst haben. Es ist im Moment gar nicht so einfach, mit den Fraktionen zu sprechen.“ Besonders kritisch sah Hemsing die Pläne zur Bürgerversicherung: „Sie kostet Geld, verteuert

das Gesundheitssystem und vor allen Dingen ist sie schlicht ein Angriff auf den Beamtensta-

tus und das Berufsbeamtentum an sich.“ Hem-sing lobte die Arbeit der dbb frauen, insbesondere beim Beschluss des Gewalthilfegesetzes.

dbb frauen

## **Equal Care Day: Sorgearbeit gleich zu verteilen, ist auch eine politische Aufgabe**

**Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und dbb Vize, forderte am 27. Februar 2025 anlässlich des bevorstehenden Equal Care Days, dass die Politik endlich Verantwortung übernehmen muss.**

„Wer Gleichstellung will, muss Care-Arbeit auch als politische Aufgabe begreifen. Solange Fürsorge privat bleibt, bleiben Frauen benachteiligt. Es braucht klare Weichenstellungen: Mehr Elterngeldmonate für Väter, Familienstartzeit, steuerfinanzierter Lohnersatz für Pflegezeiten und Arbeitszeitmodelle, die sich an den Menschen orientieren – nicht umgekehrt. Vor allem aber brauchen wir eine nachhaltige Strategie, um den Fachkräftemangel im Bildungs- und Betreuungssektor wirksam zu bekämpfen. Denn die Nachfrage nach Kinderbetreuung steigt schneller als das Angebot und das belastet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – oft zum Nachteil von berufstätigen Frauen.“

Equal Care sei nicht nur Privatsache, sondern eine gesamtgesellschaftliche und politische Aufgabe. Der Umschwung müsse daher auch in Behörden und Unternehmen ankommen. Kreutz weiter: „Gleichstellung ist kein Nice-to-have, sondern ein echter Wettbewerbsvorteil für den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft. Wer Fachkräfte sucht, darf nicht an

überholten Rollenbildern festhalten. Unternehmen, die die faire Verteilung von Care-Arbeit mitdenken, gewinnen an Innovation, Produktivität und vor allem an motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.“

Frauen wenden in Deutschland 44,3 Prozent mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit auf als Männer. Sie machen den Haushalt, betreuen die Kinder, pflegen Angehörige und vieles mehr. „Daraus erwachsen für Frauen verschiedene wirtschaftliche Nachteile wie geringere Erwerbsbeteiligung, eine geschlechterbasierte Lohnlücke und am Ende oft Altersarmut. Die Ungleichverteilung der Sorgearbeit ist ein strukturelles Problem“, erklärte Kreutz. Neben der praktischen Sorgearbeit übernehmen Frauen oft auch die komplette Organisation und Planung des Familienalltags, der sogenannte Mental Load. „Wer Care-Arbeit teilt, teilt auch die mentale Last. Wahre Aufteilung von Sorgearbeit heißt, nicht nur mitzumachen, sondern auch mitzudenken“, machte die dbb frauen Chefin deutlich.

dbb jugend

## **Schnelle Regierungsbildung nach der Bundestagswahl**

**Klatsche für die Parteien der Mitte, Triumph für die Ränder - der Vorsitzende der dbb jugend bezieht Stellung zur Wahl.**

„Das Wahlergebnis zeigt, dass die Menschen einen Regierungswechsel wollen“, sagte Mathäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 24. Februar 2025 in Berlin. „Die Parteien rechts und links der Mitte, darunter die extreme AfD, verzeichnen gerade bei jungen Wählerinnen und Wählern enorme Zuwächse. Das ist erschreckend. Aufgabe der Parteien

der Mitte muss es sein, die Belange der Jugend in den Fokus zu stellen, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.“

Innen- und außenpolitisch steht die Regierung vor gewaltigen Aufgaben, betont Fandrejewski. Das Gebot der Stunde sei, den Wahlkampf nun hinter sich zu lassen, konstruktive Gespräche aufzunehmen und eine stabile Koalition zu

schmieden. Denn das Land müsse schnellstmöglich wieder politisch handlungsfähig sein.

Klar sei für den Gewerkschafter: „Ohne einen funktionierenden öffentlichen Dienst können wir die Probleme der Gegenwart nicht lösen.“

Wir brauchen an sämtlichen Fronten Verbesserungen. Das betrifft den Bürokratieabbau, die Digitalisierung und vor allem den Fachkräftemangel! An diesen Themen wird die dbb Jugend eine neue Bundesregierung messen.“

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Deutscher Philologenverband (DPhV)

### **KMK folgt DPhV Forderung nach Ablehnung von verpflichtenden Lehrkräfte-Fortbildungen on top**

**Die Kultusministerkonferenz (KMK) lehnt eine quantifizierte Fortbildungsverpflichtung für Lehrkräfte on top zum bestehenden Stundendeputat ab. Dies geht aus einem Schreiben der KMK an Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), hervor.**

Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing dazu am 27. Februar 2025 in Berlin: „Fortbildungszwang führt nicht zum Erfolg und ist häufig auch noch von Einseitigkeiten gekennzeichnet, so wie es die Forderung der ehemaligen Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger war, 30 Stunden Fortbildungsverpflichtung nur für Digitales vorzusehen.“

Vor dem Hintergrund des Erfolgs für die Lehrkräfte, nicht noch mehr on top aufgebürdet zu bekommen, fordert der Deutsche Philologenverband die Politik gleichwohl auf, Verantwortung für attraktive, bessere und auch langfristige Fort- und Weiterbildungsangebote mit entsprechend guten Rahmenbedingungen für Lehrkräfte zu übernehmen.

„Schritt eins unseres Ziels ist vorerst erreicht! Doch es benötigt mehr“, erläutert Lin-Klitzing. „Qualifizierte Bildungsangebote bleiben ein wichtiges Thema – sowohl sogenannte ‚One-Shot‘-Mikrofortbildungen als auch Makroangebote, über einen längeren Zeitraum, die an verschiedenen Bedarfen gleichermaßen orientiert

sein sollten, nämlich an individuell-fachlichen, schulinternen, dezentralen und zentralen Bedarfen. Dafür muss auch deren Finanzierung kontinuierlich in den Haushalten der Länder abgesichert sein. Fortbildungen, digitale und solche in Präsenz, bedürfen verbindlicher Qualitätsstandards. Dazu gehören auch die nötigen Zeitressourcen, nämlich Freistellungen für die Lehrkräfte, und adäquate Rahmenbedingungen wie eine Senkung des Unterrichtsdeputats.“

Nur so könnten Lehrkräfte in ihrem Berufsalltag nachhaltig unterstützt werden, was zur Stärkung des gesamten Bildungssystems beitrage. Denn gute und systematisch aufbereitete Bildungsangebote seien ein wesentlicher Beitrag zur Kompetenzentwicklung der Lehrkräfte und erhöhten zugleich die Attraktivität des Lehrberufs. „Aber“, so Lin-Klitzing, „die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Dafür treten wir gemeinsam mit vielen Fachverbänden ein!“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

### **Neuausrichtung bei der Inneren Sicherheit: Vertrauen in den Staat wiederherstellen**

**Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) hat ihre Forderung nach einer Zeitenwende auch in der Inneren Sicherheit erneuert. „Zu viele Menschen verlieren das Vertrauen in den Staat, dabei nehmen Demokratie und Rechtsstaat immer mehr Schaden“, so der DPOIG Bundesvorsitzende**

---

**Rainer Wendt am 27. Februar 2025 in einem Schreiben an den Wahlsieger Friedrich Merz (CDU). Die Stärkung der politischen Ränder müsse ein Warnsignal für die neue Bundesregierung sein.**

„Schon im vergangenen Jahr haben wir darauf hingewiesen, dass nach einer Bürgerbefragung von forsa rund 70 Prozent der Menschen in Deutschland der Auffassung seien, dass der Staat seine wichtigsten Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen könne“, so Wendt. „Die Innere Sicherheit muss mit einem großen Investitionsprogramm gestärkt und die gesetzlichen Möglichkeiten müssen der Sicherheitsbehörden erweitert werden. Dabei ist die Bewältigung der Migrationskrise nur ein Element der Gesamtproblematik. Auch die Bekämpfung von Clankriminalität, Angriffe im virtuellen Raum und der täglichen Gewalt auf unseren Straßen und gegenüber öffentlich Beschäftigten muss endlich mit Nachdruck betrieben werden.“

Die Ausstattung mit moderner Technik, Analysesoftware genauso wie beispielsweise hochauflösender Videotechnik mit biometrischer Gesichtserkennung, KI-basierte faseroptische

Sensorik zum Schutz kritischer Infrastruktur seien nur wenige Stichworte einer breit angelegten Technikoffensive zur Stärkung der Sicherheitsarchitektur, die jetzt nötig sei. Wendt: „Dazu zählen aber auch gesetzliche Schritte, wie zum Beispiel die Vorratsdatenspeicherung und die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates, der alle Bereiche der komplizierten deutschen Sicherheitsarchitektur abbildet und bündelt und natürlich eine Einstellungsoffensive für die Polizei und Nachrichtendienste.“

Die vergangenen Jahre seien vor allem davon geprägt gewesen, der Polizei das Leben schwer zu machen und das in kleinen radikalen Gruppen vorhandene Misstrauen in die Sicherheitsbehörden noch zu stärken, so der DPolG Chef: „Die neue Bundesregierung tut gut daran, diesen Trend umzukehren und mit einem kräftigen Neubeginn in der Inneren Sicherheit das Vertrauen in den Staat und unsere Demokratie wieder zu stärken!“

## Verband Bildung und Erziehung (VBE) Gleichberechtigung geht nicht in Teilzeit!

**„Bundesweit sind drei von vier Lehrkräften weiblich, bei den Schulleitungen sind dies aber nur gut 50 Prozent. Anstatt gleicher Chancen unabhängig vom Geschlecht sehen wir, dass aus der Minderheit von gut einem Viertel der männlichen Lehrkräfte mehr als die Hälfte der Schulleitungen hervorgeht.“ Das hat Tanja Küsgens, Bundessprecherin der Frauen im VBE und stellvertretende Bundesvorsitzende, anlässlich der kommenden Aktionstage zur Ungleichbehandlung von Frauen in unserer Gesellschaft am 27. Februar 2025 betont.**

„Dies liegt auch darin begründet, dass immer noch deutlich mehr Frauen in Teilzeit gehen und damit nicht nur Einbußen beim Einkommen und weniger Rente oder Pension in Kauf nehmen müssen, sondern auch eine Benachteiligung beim beruflichen Aufstieg.“

Die unterschiedlichen Ebenen der Benachteiligung von Frauen müssen gemeinsam gedacht und angegangen werden, so Küsgens. „Eine faire Bezahlung von Frauen ist undenkbar, wenn nicht auch die private und gesellschaftliche Care-Arbeit gerechter verteilt wird. Nur so gewinnen Frauen die Freiheit, sich stärker beruflich einzubringen oder sich ehrenamtlich und politisch zu engagieren.“

Küsgens nimmt die Politik in die Pflicht: „Wir brauchen dringend mehr Angebote zur Kinderbetreuung, damit Frauen überhaupt darüber

nachdenken können, mehr zu arbeiten oder sich anderweitig zu engagieren. Um dies zu ermöglichen, braucht es dringend Investitionen in Kitas und Ganztagsangebote. Nach wie vor haben wir in einigen Bundesländern die Situation, dass Lehrkräfte an Grundschulen schlechter eingruppiert werden als ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Schulformen. Wohl wissend, dass die Frauenquote an den Grundschulen bei fast 90 Prozent liegt, tragen die entsprechenden Kultusministerien massiv dazu bei, die Gleichstellung von Frau und Mann zu untergraben. Eine Angleichung ist lange überfällig.“

Mit Blick auf den eklatanten Personalmangel in den Schulen ergänzt Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE: „Die Teilzeitquote unter weiblichen Lehrkräften ist nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie unter männlichen

---

Lehrkräften. Dies allein ist schon Grund genug, die Strukturen zu hinterfragen. Im schulischen Umfeld wirkt sich dieser Umstand aber noch deutlich stärker aus, da schulformübergreifend drei von vier Lehrkräften weiblich sind. So ist es umso dringender geboten, Lehrerinnen von

Care-Arbeit zu entlasten, damit sie ihre Deputate wieder heraufsetzen können, sofern sie es wollen. Jeder Prozentpunkt weniger bei der Teilzeitquote unter Lehrerinnen zählt im Schulalltag doppelt und dreifach.“

---

## Termine

14. - 16. März 2025

**Einkommensrunde Bund & Kommunen: 3. Verhandlungsrunde**

Weitere Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)

---